

Zur Wahlkampagne in Rußland 1999/2000: I: Das Programm von Lew Tschernoj

Knabe, Bernd

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Knabe, B. (1999). *Zur Wahlkampagne in Rußland 1999/2000: I: Das Programm von Lew Tschernoj*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 36/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48113>

Nutzungsbedingungen:

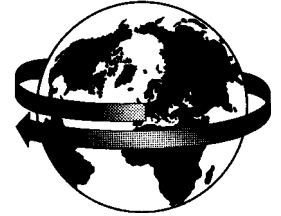
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 36/1999

7. September 1999

Zur Wahlkampagne in Rußland 1999/2000

I: Das Programm von Lew Tschernoj

Zusammenfassung

Das Taktieren der Jelzin-Führung – Ausdruck für erhebliche Unsicherheiten hinsichtlich der notwendigen Strategie zur Bewältigung der unübersehbaren innenpolitischen und sozioökonomischen Krisensymptome – und zunehmende Vermutungen über die Verwicklungen einzelner Vertreter dieser Mannschaft in kriminelle Machenschaften während der letzten Jahre sowie Merkwürdigkeiten im Abstimmungsverhalten der Duma sprechen für die vorrangige Bedeutung der Präsidentschaftswahl im Sommer 2000, während die Duma-Wahl im Dezember 1999 als Stimmungsbarometer verstanden werden sollte. Die Aufmerksamkeit der Beobachter verdienen deshalb in erster Linie programmatische Konzeptionen von Persönlichkeiten, die einen Ausweg aus der Systemkrise zeigen, und die gleichzeitig über die materiellen Voraussetzungen verfügen, um die erforderlichen Weichenstellungen zu beeinflussen. Zu diesem Personenkreis gehört der Unternehmer L. Tschernoj. Er geht vom politisch-ökonomischen Status quo aus und bezeichnet ein langfristiges Bündnis zwischen russischem Kapital und Staat als "Königsweg Rußlands" ins 21. Jahrhundert.

Stellenwert und Implikationen der Kampagne

Abgesehen von russischen Politikern, die einen Sitz in der nächsten Duma anstreben, dürfte für alle anderen politisch informierten Bürger Rußlands und für interessierte Kreise im Ausland weniger die Duma-Wahl im Dezember 1999 als vielmehr die Präsidentschaftswahl im Sommer 2000 das entscheidende Ereignis sein. Ob es zu diesen Wahlgängen kommen wird, ist keineswegs sicher. Die instabile politische Lage, nicht zuletzt die Auseinandersetzungen im Nord-Kaukasus und die Anschuldigungen gegen die "Familie" des Präsidenten, aber auch ein weiterer Ausbau der Union Rußlands mit Belarus lassen andere Szenarien als möglich erscheinen. Bereits im Januar 1999 hatte S. Karaganow die Notwendigkeit vorgezogener Präsidentschaftswahlen postuliert – nur so könne die umfassende Krise des Landes überwunden werden.¹ Tatsächlich scheint sich in Rußland, vor allem auch innerhalb der politischen Elite, die Überzeugung durchgesetzt zu haben, daß sich die Möglichkeiten des Jelzin-Regimes erschöpft haben. Frühere engste Berater Jelzins halten prinzipielle Verfassungsänderungen für ein Gebot der Stunde. So wollen G. Satarow und M. Krasnow mit ihrem

¹ S. Karaganov, *Rossija dvizetsja k raspadu*, in: *Kommersant vlast'*, Nr. 3, 26.1.1999, S. 22f.

Entwurf einer "Regierungs-Republik" "alle gesunden politischen Kräfte" ansprechen: Die Kompetenzen der obersten Staatsorgane müßten eindeutig festgelegt und ihre Beziehungen zueinander geregelt werden, um so "unmotivierte Entscheidungen des Präsidenten" auszuschließen.² Die Krise vom 17. August 1998 hat die Machtposition der Oligarchen und allgemein das "liberal-demokratische" Reformmodell in Frage gestellt. Die Primakow-Episode und die nachfolgenden häufigen Wechsel der Ministerpräsidenten haben die Verunsicherung der Kreml-Spitze deutlich gemacht. Da die Bereitstellung finanzieller Mittel und die Unterstützung durch Medien entscheidende Faktoren der Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen politischen Lagern sind, dürfen Konzeptionen des künftigen politischen Systems Rußlands von "Kapitalisten" und Medienbesitzern erhebliches Interesse beanspruchen. Die Unternehmer L. Tschernoj und O. Deripaska, die bei vielen Ratings führender Politiker und Unternehmer Rußlands unter den ersten 100 sind, gehören zu diesem Personenkreis.³ Die aus Taschkent gebürtigen Brüder Lew und Michail Tschernoj haben Anfang der 90er Jahre, nachdem sie eine Verbindung mit der britischen Holding TWG eingegangen waren und in Monaco die Briefkastenfirma TransCISCies Ltd. (TCC) registriert hatten, große Aktienpakete von Aluminium- und Schwerindustriebetrieben Sibiriens und einiger GUS-Staaten erworben – unklar ist, woher ihr Anfangskapital stammt. Mit Zustimmung des damaligen ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten O. Soskowetz haben sie bis Mitte 1995 das Tolling-System praktiziert und sollen damit viele Großbetriebe vor dem Bankrott gerettet haben. Nachdem ab Ende 1996 belastendes Material über die Brüder Tschernoj in russischen Medien erschienen war, hielt der damalige Innenminister A. Kulikow in der Duma eine Brandrede gegen die "internationalen und regionalen Gruppen der organisierten Kriminalität auf dem Gebiet der Aluminium- und Buntmetallurgie". Ob es 1997 zu einem Bruch zwischen den Brüdern gekommen ist, wird von russischen Insidern bezweifelt. L. Tschernoj verfügt über gute Verbindungen zu Boris Beresowski und zu Alexander Lebed – dies wurde zuletzt bei den im Spätsommer 1999 geführten Verhandlungen über die Privatisierung des größten Krasnojarsker Kohleunternehmens deutlich.⁴

Das Programm von Lew Tschernoj

Bereits drei Wochen nach der August-Krise 1998 erschien in der "Komsomolskaja prawda" ein erster umfangreicher Artikel von Lew Tschernoj mit der symptomatischen Überschrift "Ratten und Kapitäne". Wurden in diesem Artikel zunächst nur die ersten Konturen des Programms deutlich, enthielt die zwei Monate später in der gleichen Zeitung publizierte Ausarbeitung bereits einen detaillierten Handlungsplan.⁵ Diese beiden Dokumente geben die Ansichten von L. Tschernoj wieder, während die später erschienenen Publikationen entweder als "Aktionspapiere" ("Appell der 33") oder als Teile der mit O. Deripaska geführten Polemik zu betrachten sind. "Ratten" – an anderer Stelle auch "Feiglinge und Dummköpfe" – sind für Tschernoj die russischen Unternehmer, die nach dem 17. August in eine "schändliche Panik" verfallen sind und Rußland verlassen haben. Dieses Verhalten sei in keiner Weise mit der Absetzbewegung von Sowjetbürgern nach 1991 zu vergleichen – damals sei ein regelrechter "Vulkanausbruch" erfolgt und das "gemeinsame Haus" zerstört worden, er und seinesgleichen hätten sich nicht an diesem "Gelage während der Pest" beteiligen wollen. Für ihn waren die Auflösung der Sowjetunion und seine Auswanderung nach Israel nicht das Ende dieser historischen Periode: "Wir sind nicht weggegangen um (im Ausland – B. K.) zu bleiben. Wir sind immer mit hunderten von Verbindungen und Beziehungen mit dem Haus verbunden gewesen." Um verbreiteten Vorstellungen über seinen dubiosen Hintergrund zu begegnen – er und seine Freunde seien als "Spione, Banditen, Drogenhändler, Mörder und Räuber" diffamiert worden – und sich als

² S. Pravosudov, 'Konstituciju nužno menjat', in: Nezavisimaja gazeta, 14.8.1999 (<http://news.eastview.com>). Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für die vorliegende Arbeit hat O. Löwen umfangreiche Recherchen im Internet durchgeführt, wofür ich ihr ausdrücklich danken möchte). Interview mit M. Krasnov, in: Vek, Nr. 31/1999, S. 3.

³ Mögliche Verbindungen der vorgestellten Personen zur kriminellen Sphäre werden in dieser "Aktuellen Analyse" nicht untersucht. Mit dem Programm Deripaskas befaßt sich die Aktuelle Analyse Nr. 37/1999.

⁴ Izvestija, 6.3.1997, NZZ, 18.3.1997; vgl. auch Berichte des BIOst, Nr. 48-1998, S. 19.

⁵ L. Černoj, "Krysy i kapitany", in: Komsomol'skaja pravda, 10.9.1998, S. 4; ders., Na raskačku vremeni net!, in: Komsomol'skaja pravda, 19.11.1998, S. 3f.

seriöser Partner in der politischen Landschaft Rußlands zu präsentieren, beruft er sich auf die Sicherheitsdienste Rußlands: Alle zuständigen Behörden hätten sich bei ihm entschuldigt. Dagegen seien seine für derartige Verleumdungen verantwortlichen Konkurrenten mit "klugen ausländischen Organisationen" verbunden.

In Rußland könne man bisher weder von Kapitalismus, noch von einer Elite sprechen. Als Vorbild eines kapitalistischen Unternehmers wird A. Krupp präsentiert; für eine "Elite" sei Voraussetzung, daß sich eine entsprechende Personengruppe "für das Land, die Gesellschaft und für die Zukunft verantwortlich" fühlen müsse. Im Rußland von heute sei das traditionelle "Wir-Bewußtsein" verlorengegangen und der "Ich-Egoismus" der "Neuen Russen" an dessen Stelle getreten. Die Völker und Unternehmer Rußlands wollten in der Welt als gleichberechtigt anerkannt werden – mit westlichen Angriffen gegen die "russische Mafia" solle das Großkapital Rußlands getroffen werden. Einen russischen Unternehmer müsse man mit den Kategorien frühkapitalistischer "Pioniere" messen (z.B. F. Drake). Für Tschernoj ist es absurd, daß nach dem definitiven Scheitern der Monetarismus-Konzeption von J. Sachs nun wieder auf ausländische Kapazitäten zurückgegriffen werden solle. Ausführlich setzt er sich mit der Konzeption des früheren argentinischen Finanzministers D. Cavallo auseinander und hebt die prinzipiellen Unterschiede zwischen Argentinien und Rußland hervor. Die vom IMF geforderte Einrichtung eines "Currency Board" habe in Argentinien zu einer fatalen Unterfinanzierung der Wirtschaft geführt – ein Entwicklungspfad, den Rußland keinesfalls beschreiten dürfe: Für Bevölkerung und Kapital Rußlands sei er tödlich. Auf der Tagesordnung stehe die Vereinigung aller, die zwei Prinzipien akzeptieren müßten:

- das Bekenntnis zu einem wirklichen "Wir", worunter ein starker und freier Staat, ein von ihm nicht zu trennendes Kapital und Unternehmer von "Krupp"-Format zu verstehen seien;
- die Liebe zu den Kapitänen, zu denen sich Tschernoj selbst rechnet, und Haß gegenüber den "Ratten", die den 17. August nicht verkraftet haben.

Gefragt seien jetzt Rezepte und Prinzipien russischer Spezialisten, wobei die politische Führung stärker als bisher das Potential früher emigrierter, aber Rußland verbunden gebliebener Landsleute nutzen sollte.

Der zweite Aufsatz von Tschernoj unterbreitet Vorschläge zur beschleunigten Krisenüberwindung und zur Errichtung einer authentischen Marktwirtschaft. Da der "Zerfall der Macht" in nächster Zukunft – Tschernoj spricht von der "Gefahr eines neuen 1917" – drohe, müsse es nun zu einem Bündnis zwischen Staat und Kapital kommen. Wer dabei als "Nummer 1" erscheine, sei völlig unwichtig – derartige Diskussionen sind für Tschernoj eine "Kinderkrankheit des russischen Kapitalismus". Ein starker Staat müsse dem Volk ein attraktives "historisches Projekt" präsentieren, das auch Perspektiven für die "postindustrielle Zivilisation" der Zukunft enthalten müsse. In einem ersten Schritt müßten sich die Großkapitalisten als herrschende Klasse zusammenschließen; der zweite Schritt sei dann ein gleichberechtigtes Bündnis zwischen der Staatsmacht und dem "Business", ein auf der Oligarchie basierender "Staatskapitalismus". Es müßte zu einer "Einigung zwischen den Ständen" kommen, und es müßten gleichberechtigte Beziehungen zur "intellektuellen Gemeinschaft" und zu Vertretern der staatlichen Bürokratie, insbesondere der Geheimdienste, hergestellt werden. Den bislang von der Primakow-Regierung unternommenen Maßnahmen steht Tschernoj positiv gegenüber, er hat auch Verständnis für Schritte, die als Folge "harter Restriktionen der Weltgemeinschaft" verstanden werden müßten – dies sei unumgänglich, da Rußland den Dialog mit der Welt brauche. Allerdings unterschätze die Regierung die Potentiale der Gesellschaft und insbesondere des Unternehmerstandes. Es sei notwendig und auch möglich, sich an den Aufbau eines neuen Staates zu machen und gleichzeitig die notwendigen Reformen durchzuführen: Jeder Reformschritt müsse zur Stärkung und Modernisierung des Staates beitragen – und umgekehrt. Das vorgeschlagene Programm sei zur Unterstützung der Regierung gedacht, es handele sich um ein "delikates Opponieren in einer Reihe von wesentlichen Fragen".

Seinem aus elf Aufgaben bestehenden Programm schickt Tschernoj zwei prinzipielle Fragen an die Regierung voraus, deren – zufriedenstellende – Beantwortung Voraussetzung für die Wiedergewinnung des Vertrauens der Bevölkerung gegenüber der Regierung sei. Unerlässlich sei die Fixierung des Umfangs des konsolidierten Staatsbudgets und seiner Relation zum BIP – optimal wäre eine Quote von 40%. Zweitens müsse es zu einer Indexierung der Gehälter der aus öffentlichen Kassen bezahlten Gruppen kommen, die sich sowohl am Rubel-Dollar-Kurs als auch an der Inflationsdynamik orientieren müßte. Ohne einen solchen Schritt würde sich die betroffene Bevölkerung wiederum als Opfer eines "Jahrhundertraubs" sehen, und es würden die letzten Chancen zur Bewahrung und Reformierung des politischen Systems verspielt. Das zögerliche Vorgehen der Regierung beseitige die Chancen für einen kapitalistischen Aufbau und gefährde die Existenz des Staates. Wenn die KP-Führung erkläre, daß für die Wiederherstellung des Produktionsniveaus von 1985 15 Jahre benötigt würden, so sei dies eine "ökonomische und politische Kapitulation" – das russische Kapital werde dieses Ziel "mit seinen neuen Organisationsformen" in drei bis vier Jahren schaffen und dabei gleichzeitig eine strukturelle Modernisierung der Industrie durchführen.

Aufgabe Nr. 1: Umfassende Stärkung der ökonomischen Funktionen des Staates

Alle Segmente des russischen Kapitalismus, insbesondere die Systeme von "Barter" und "Zahlungsdefiziten" müßten in die "Sphäre der normalen kapitalistischen Marktregulierung" überführt werden.

Aufgabe Nr. 2: Normalisierung des Geldsystems

Eine umfangreiche Emission und eine befristete Devisenkontrolle sind wichtige Elemente dieser Aufgabe.

Aufgabe Nr. 3: Normalisierung des Kreditsystems

Der 17. August sei zu einem "Sieg der ausländischen über die russischen Banken" geworden. Um das Vertrauen der Firmen und der Bevölkerung zu den Geschäftsbanken Rußlands wieder herzustellen, müßte der Staat 100 Mrd. Rubel bereitstellen und außerdem eine teilweise Kompensation der Devisenschulden gegenüber Ausländern ermöglichen. Spezielle Investitionsbanken sollten für die Realisierung des vorgegebenen Ziels sorgen, 15% des BIP in die Wirtschaft Rußlands zu investieren. Der staatliche Sektor müßte 50 bis 70% der Investitionen vornehmen.

Aufgabe Nr. 4: Wiederherstellung des Budgetgleichgewichts

Die Hauptursache dieser seit langem bestehenden Problematik sieht Tschernoj in der Zweiteilung des Landes – 80% der Produktionsfonds Rußlands befänden sich im nichtregulierten Segment der "patriarchalisch-kriminellen Welt". Die Staatsquote sollte mindestens 40% des BIP betragen, wobei das Budget in konstanten Preisen berechnet werden müßte. Um die dringend erforderliche Aufstockung der Gold- und Devisenvorräte des Landes zu erreichen, sollten Steuern auch in Devisen bezahlt werden können und inländische Devisen-Ersparnisse durch Einrichtung einer staatlichen Bank für Budgetzwecke mobilisiert werden.

Aufgabe Nr. 5: Wiederherstellung des Fonds-Marktes

Der Staat müsse durch geeignete Anreize sowohl die Banken als auch die Bevölkerung Rußlands für den Kauf von Aktien interessieren.

Aufgabe Nr. 6: Strukturierung der Produktion und des Kapitals

In Rußland sollten 200 bis 250 Großbanken bzw. "finanz-industrielle Gruppen" geschaffen werden, die damit die Kontrolle über drei Viertel des Grundkapitals ausüben könnten.⁶ Die Chefs dieser Banken und Gruppen würden einen "Führer-Rat" für die Realisierung und Kontrolle des Antikrisenprogramms bilden.

Aufgabe Nr. 7: Struktur-Modernisierung als Aufgabe des Staates und der Korporationen

Der russische Staat müsse durch strategische Aufträge für den militär-industriellen Komplex die ent-

⁶ Die Anfang der 90er Jahre zunächst offenbar von A. Kokošin in Rußland popularisierte Idee der finanz-industriellen Gruppen ist trotz massiver staatlicher Unterstützung nicht vorangekommen. Nach Einschätzung des stellvertretenden Wirtschaftsministers S. Mitin entfallen gegenwärtig auf die 76 registrierten Gruppen nur 8% der Industrieproduktion (Artikel in "Trud" nach www.transworldmet.com).

scheidende Rolle spielen – dies sei die Voraussetzung für die Behauptung der technologischen Führungsrolle Rußlands in bestimmten Sektoren. Auf der Grundlage des militär-industriellen Komplexes könnten "gewaltige wissenschaftlich-technische Komplexe" geschaffen werden.

Aufgabe Nr. 8: Korrektur der Sozialpolitik

Wer jetzt eine "sozial orientierte Wirtschaft" anstrebe, wolle an der Illusion festhalten, Rußland könne noch einige Jahre über seine Verhältnissen leben. Tatsächlich werde diese Idee propagiert, um strategische Ressourcen für die industrielle Entwicklung in die Sphäre der Konsumtion überzuführen – letzte Konsequenz sei die Selbstvernichtung strategisch wichtiger Potentiale.⁷ Unbestritten sei, daß der Staat für bestimmte sowjetische Erblasten (Agglomerationen in den Nordgebieten sowie in den "Geschlossenen Städten" des militär-industriellen Komplexes) geradestehen und den nicht arbeitsfähigen Bevölkerungsteil unterstützen muß.

Aufgabe Nr. 9: Normalisierung der regionalen Wirtschaftspolitik

Das Zentrum müsse den Anspruch auf direkte Leitung der Wirtschaft der Regionen aufgeben, die Kontrolle über die Einheitlichkeit der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regionen aber behalten. Als wichtig werden Registrierung und Besteuerung der Betriebe am Produktionsort bezeichnet.

Aufgabe Nr. 10: Normalisierung der GUS-Wirtschaftsbeziehungen

Die GUS-Staaten sollten auf die Losung der "vollen ökonomischen Souveränität" verzichten; entscheidend sei die obligatorische Erfüllung gemeinsam gefaßter Beschlüsse. Durch länderübergreifende "finanz-industrielle Gruppen" könnten in bestimmten Sektoren enorme Leistungen erzielt werden.

Aufgabe Nr. 11: Normalisierung der internationalen Finanzpolitik

Aufgrund der Erfahrungen der globalen Finanzkrise 1998 sollten die aus freien Kapitalbewegungen resultierenden Gefahren unterbunden werden. Rußland müsse für seine Schulden aufkommen, da keinesfalls der Verlust des "strategischen Vertrauens" riskiert werden dürfe. Tschernoj ist davon überzeugt, daß "verantwortliche internationale Kräfte" das verschuldete Rußland nicht so behandeln würden, wie es die Siegermächte des 1. Weltkriegs gegenüber Deutschland praktiziert hätten.

Ein halbes Jahr später wurden die politischen Ambitionen L. Tschernojs deutlicher, als er mit 32 weiteren Unternehmern, Politikern und Wissenschaftlern einen "Appell an das Staatsoberhaupt Rußlands und an alle verantwortlichen Politiker" unterzeichnete.⁸ Eingangs wird auf die Schärfe der aktuellen Krise hingewiesen: Vielen sei die Dimension der durch den Kosovo-Konflikt verursachten "strategischen, globalen Herausforderung Rußlands" und darüber hinaus der "Gefahr für die Grundlagen der Weltzivilisation" nicht klar. Im Zusammenhang mit der behaupteten Aushebelung des internationalen Rechtssystems und der UNO wird an das Ende des Völkerbundes und den sich anschließenden 2. Weltkrieg erinnert.

Das Dilemma der gegenwärtigen ausweglosen Lage Rußlands habe damit zu tun, daß alle Pläne des letzten Jahrzehnts auf den Anschluß Rußlands an die "Weltgemeinschaft" abzielten. Auch sei von der unzutreffenden Vorstellung ausgegangen worden, das "neue Rußland" sei fest etabliert – tatsächlich seien die Kräfte des Alten noch stärker, sei der Staat noch nicht im notwendigen Umfang aufgebaut worden und bedrohten die erstarkten zentrifugalen Kräfte die territoriale Integrität Rußlands. Wenn auch auf der einen Seite die Fähigkeit des "Hineingehens" in diese Gemeinschaft "bei uns" nicht ausreichend vorhanden gewesen sei, so habe es auf der anderen Seite an der Bereitschaft des "Großen Hauses" zur Aufnahme eines neuen Mitglieds gefehlt: Gastfreundschaft, Verständnis, Toleranz und

⁷ Mit dieser Denunzierung der Befürworter einer "sozial orientierten Marktwirtschaft" lehnt Černoj im Grunde eine Orientierung an Westeuropa ab, wie sie in Rußland nach dem August 1998 vielfach gefordert worden war.

⁸ Uverenost' i otvetstvennost'. Obrašćenie k glave Rossijskogo gosudarstva i ko vsem otvetstvennym poližikam, in: NG, 6.4.1999 (news.eastview.com). Dabei handelte es sich vor allem um Chefs großer Industriebetriebe Sibiriens und des Ural, den Leiter der Organisation "Obnovlennoe otečestvo" V. Sviderskij und die Wissenschaftler V. Nakorjakov, V. Šatochin und V. Zilov. Ohne zu den Erstunterzeichnern des "Appells" zu gehören, signalisierten ihre Zustimmung zum Programm von L. Černoj die Gouverneure A. Černogorov (Stavropol'), L. Rokeckij (Tjumen') und N. Vinogradov (Vladimir) sowie die Duma-Abgeordneten A. Podberezkin, Ju. Ten und V. Zorin.

Achtung seien nicht im erforderlichen Umfang vorhanden gewesen. Schließlich wird die Macht in Rußland als "neue strategische Priorität" vorgestellt und werden sieben Punkte eines notwendigen Aktionsprogramms skizziert:

- Außerordentlich wichtig sei die Korrektur des früheren Kurses der "einseitigen Öffnung" des Landes, da man dem "realen Klima der Entfremdung Rechnung tragen" und sich stärker auf die eigenen Kräfte stützen müsse.

- Notwendig sei die rasche Formierung einer "effektiven, eng mit der Gesellschaft verbundenen pro-staatlichen Elite", da sich die Annahme als falsch erwiesen habe, dieser Prozeß werde durch gesellschaftliche Selbstregulierung erfolgen. Aus diesem Grund müsse die Staatsmacht auch "neue staatskapitalistische gesellschaftliche Beziehungen" schaffen.
- Auf der Tagesordnung stehe der Übergang vom Kapitalismus der ursprünglichen Akkumulation zum Kapitalismus des Gestaltens und der Verantwortung. Alle Akteure müßten sich nach gesetzlichen Regelungen richten und ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft ernst nehmen.
- Die Symbiose von Kapital und Staat, von effektivem Privateigentum und anspruchsvollen Zielprogrammen, sei Voraussetzung für die Realisierung des "kapitalistischen Mobilisierungsprojekts".
- Durch eine strategische Staatsreform müsse die Gefahr eines Zerfalls Rußlands im nächsten Jahrhundert beseitigt werden – anderenfalls hätten ökonomische und politische Projekte keine Chance.
- Die Staatsführung müsse alle verantwortlichen und konstruktiven Kräfte für dieses Programm gewinnen und so die "Kapitulantenmentalität" überwinden. Auf der Basis einer solchen Konsolidierung könne den Kräften der Reaktion und des "verfaulenden reformistischen Fanatismus" eine entscheidende Niederlage beigebracht werden.
- Unabdingbar sei die Verstärkung der Machtvertikale, die durch die "neue korporative staatskapitalistische Vertikale", in erster Linie den jungen Unternehmerstand, ergänzt werden müsse.

Das Programm von L. Tschernoj läßt sich in vielen Punkten mit den Konzeptionen des linkszentristischen Blocks um Je. Primakow und Ju. Lushkow sowie der LDPR von W. Shirinowski verbinden, während es in einem deutlichen Gegensatz zu Positionen der KPRF und der rechtszentristischen Kräfte (von "Jabloko" bis zur "Union der rechten Kräfte") steht. In den nächsten Monaten muß sorgfältig beobachtet werden, welche Politiker und Wahlkoalitionen stärker Bezug auf die Konzeption Tschernojs nehmen.

Bernd Knabe